



## Das Programm „Die Soziale Stadt“ setzt zur Bewältigung sozialer Probleme auf Kooperation und Bündnisse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf mich zunächst bei Ihnen, Herr Staatssekretär Haupt sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie unser Ministerium dazu eingeladen die Sichtweisen und Positionen unsers Ressorts hier zu vertreten. Bedanken möchte ich mich auch bei der Stiftung SPI, mit der wir seit langem im Bereich der sozialen Stadtentwicklung kooperativ zusammenarbeiten. Ich vertrete hier heute innerhalb des Bauressorts den Bereich der sich innerhalb der Bundesregierung mit dem Thema Stadtentwicklung beschäftigt.

Ich bin während den einleitenden Ausführungen durch Sie, Herr Staatssekretär Haupt und durch Sie, Herr Präsident Jagoda sehr nachdenklich und auch etwas nervös geworden, weil Sie ein paar Punkte so direkt angesprochen haben. Wir sprechen heute und morgen hier über das Thema, dass wir in Deutschland Stadtgebiete haben, die offenbar dabei sind, stigmatisiert zu werden. Obwohl wir es in der Öffentlichkeit sehr ungern sagen - wir haben dieses Thema jahrelang verdrängt. Tatsächlich hatten wir die Probleme in Deutschland auch nicht so ausgeprägt, wie in anderen westeuropäischen Staaten. Es ist mir bei Gesprächen mit den Kollegen in den Niederlanden oder in Großbritannien, in den letzten zehn, zwölf Jahren, in England spätestens seit der Thatcher-Regierung oder auch in Frankreich in den letzten zehn Jahren, immer wieder aufgefallen, dass die Kollegen dort in den Ministerien Programme entwickelten, die uns ziemlich fremd waren. Sie sprachen über ein Probleme, über das wir nicht öffentlich diskutierten, nämlich das Problem der Konzentration von sozialen Problemen in bestimmten Stadtgebieten. Genannt wurden die Arbeitslosigkeit, die Langzeitarbeitslosigkeit und auch das Ausländerproblem, dass sich in Frankreich oder den Niederlanden teilweise sehr viel aggressiver darstellt, als wir es in Deutschland eigentlich bisher gekannt haben. Berichtet wurde über ethnische und soziale Konflikte, in denen sich der Ausländeranteil beginnt auch gewaltsam gegen die Situation in diesen Stadtteilen aufzulehnen. Dieser Teil der Gewalt war bei uns bisher nicht so ausgeprägt, obwohl auch vorhanden.

In der Bundesrepublik geht es aber auch um die Spreizung in der Gesellschaft. Wir haben

einen zunehmenden Anteil von einkommensschwachen Haushalten, die sich konzentrieren in bestimmten Gebieten. Es ist auch die Frage nach den Zukunftserwartungen von Jugendlichen, die in diesen Stadtbereichen in einem höheren Anteil vorhanden sind als in anderen Quartieren. In Stadtvierteln mit sozialen Problemen ist der Anteil der Jugendlichen regelmäßig dramatisch höher als in einem Vorortgebiet oder in einem Villenviertel. Man erkennt schon am Erscheinungsbild: das superorganisierten Wohngebiet und auch die Vernachlässigung der Räume - man sieht in welchen Stadtteilen man sich befindet. Dahinter stehen Probleme wie Vandalismus, wie Drogenprobleme und ähnliches.

Wir haben diese Entwicklungen auf uns zukommen sehen, wir haben sie auch seit längerer Zeit innerhalb der Bau- und Stadtentwicklungsministerien beobachtet, aber es als politisches Problem ist es eigentlich erst in den letzten zwei, drei Jahren thematisiert worden. Wobei, und jetzt beziehe ich mich, Herr Jagoda auf eine Bemerkung von Ihnen, als Sie über die Zahlen berichtet haben und sagten, was Sie in unserem Lande so fasziniere, sei dass sich unsere Öffentlichkeit nur für eine Zahl interessiert, nämlich die aktuelle Arbeitslosenquote. Während andere Zahlen z.B. die des Anteils der nichtqualifizierten Jugendlichen, die auch mir neu war, eine Zahl, die eine ganz andere Perspektive auf die Zukunft einer Generation bietet, in der Öffentlichkeit relativ wenig wahrgenommen wird.

Auch wir kennen dieses Problem: So haben wir vor drei vier Wochen unserem Ministerium einen Bericht vorgelegt über ein Problem, was eigentlich einem Teil der Bevölkerung, nämlich der ostdeutschen Bevölkerung ziemlich unter die Haut geht: Das Phänomen, dass auf Grund von Abwanderung in Ostdeutschland und den dramatischer Rückfall der Geburtenrate, der nach 1990 eingetreten ist- den größten Geburtenrückgang der jemals in einem vergleichbaren Land festgestellt worden ist - sich die Wohnbevölkerung in Ostdeutschland in den nächsten zehn Jahren in Größenordnung von 5 bis 10% in den Städten reduziert. Die Folge wird sein, dass Wohnungen leer stehen. Der der Bundesregierung vorgelegten Bericht spricht von 400.000 Wohnungen, die vom Markt genommen werden müssten, um das Problem so einigermaßen in den Griff zu krie-

gen, um wieder die Städte zu stabilisieren und auch billiges Wohnen in den Wohngebieten erträglich zu machen. Von diesen Zahlen spricht kein Mensch. Aber von den 400.000 Kühen, die aus Gründen der Marktanpassung vom Markt genommen werden müssen - es ist genau dasselbe Phänomen und ich weiß nicht ob es wichtiger als das andere ist - spricht man. Und das ist eigentlich auch das grundsätzliche Problem, was es auch so schwierig macht, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

Im Weiteren schließe ich an das an, was der Staatssekretär Haupt über die Kooperation sagte. Die Kooperation zwischen verschiedenen Ressorts, die uns heute und morgen beschäftigen wird und so schwierig ist.

Es geht mir um verschiedene Aspekte. Warum kümmern wir uns, ich spreche jetzt mal nur von unserem Land, von Deutschland, und unseren Erfahrungen nach ist das hier auch besonders ausgeprägt, eigentlich immerzu nur um die Probleme in unserem eigenen Amt?

Zum einem: ich werde dafür belohnt. Ein Mitarbeiter von uns Herr Haupt, der kommt und sagt, erfolgreich habe ich mich wieder gegen das andere Ressorts durchgesetzt, dem sagen wir: Gut gemacht, wacker. Wir sind also selber schuld, wenn wir anderes Vorgehen nicht belohnen.

Zum anderen sind wir auch so organisiert. Also, dass diese drei Amtsbereiche Jugend, Soziales und Arbeit heute hier zusammen sitzen und ich als Vertreter eines weiteren Ressorts zeigt, das man uns ‚zusammenbringen‘ muss. Wir sind nicht organisiert nach den Problemen, wir sind organisiert nach den Ressorts. Dies ist schon in unserem Grundgesetz angelegt. In Artikel 65 ist festgelegt, dass der Minister für seinen Bereich verantwortlich ist und der Kanzler die Richtlinien bestimmt. Dass heute die Probleme mit denen wir zu tun haben unglaublich komplex sind, das der Normalfall eigentlich immer ressortübergreifend ist. Daher brauchen wir ständig Arbeitskreise und Ausschüsse und Kanzlerrunden und Kaminrunden usw. Das heißt, dass wir eigentlich ständig an den Problemen um die normalen Strukturen vorbeiorganisieren.

Ich erwähne dies gleich zu Beginn meiner Ausführungen, weil das eigentlich ein Grundproblem der Kooperation ist: Gerade bei der Umsetzung eines Vorhabens wie dem der sozialen Stadt, welches strukturell darauf angewiesen ist, dass Partner kooperieren. Wenn es bei diesen Programmen nicht gelingt, Kooperation zu erreichen, wird das Programm nicht erfolgreich sein können. Man wird immer irgendwas erreichen, man wird Geld sinnvoll ausgeben, aber der eigentliche Effekt, nämlich Partner so zusammenzubringen, dass eine

Basis für anhaltende Lösungsfindung, für nachhaltige Verbesserungen der Situation vor Ort entsteht, das würde nicht gelingen. Deshalb werden wir uns in diesen und den nächsten Jahren meines Erachtens nach auch von der Seite des Bundes darum kümmern müssen, diese Kooperationsbereitschaft in Gang zu bringen.

Da ist die Frage wichtig: Wo setze ich eigentlich an mit einer Programmpolitik? Wir haben im Kreise der Bauministerien und der Städtebauministerien, in den letzten Jahren diese Diskussion geführt und festgestellt, dass wir uns diesem Thema zuwenden müssen. Es entstand der Begriff der Sozialen Stadt, der dann in die Koalitionsvereinbarung von 1998 aufgenommen wurde. Jetzt kann man sich fragen, wieso eigentlich die Städtebauminister. Wenn es darum geht ein Problem von Arbeitslosigkeit, von verwahrlosten öffentlichen Räumen, von schlechten Wohnzuständen, von Verkehrsverhältnissen, Drogenmißbrauch, Kriminalitätsprävention zu behandeln, wird man schnell feststellen, es sind eigentlich alle Ressorts involviert. Doch einer wird den Knoten packen müssen. Warum das nun den Städtebauminister anvertraut wurde und sie sich ein bisschen vorgeprescht sind, hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass sie glauben, dass die Stadtentwicklung eine Aufgabe ist, die in den Kommunen darauf angelegt ist, das Ganze der Stadt zu sehen. Stadtentwicklung betrachtet die Entwicklung der Stadt im Ganzen und zwar von der räumlichen Entwicklung ebenso wie von der ökonomischen Entwicklung, von der sozialen Entwicklung ebenso wie von der ökologischen Entwicklung. Das ist die Verantwortung, die unsere Verfassung den Kommunen aufgibt und wenn das so ist, dann muss man in der Stadtentwicklung daran anschließen.

Um handlungsfähig zu sein, braucht man ein Programm. Wir haben das unter der Ägide Städtebauförderung „um Sie herum“ organisiert, das Programm „Die Soziale Stadt“. Die Städtebauförderung, in den Siebzigern eingerichtet, war eigentlich schon für diesen Zweck gedacht. Es handelt sich also um ein schon ‚altes‘ Programm, es ist 1971 unter der damaligen sozialliberalen Koalition aber mit breiter Zustimmung aller in Deutschland relevanten Kräfte entstanden. Schon damals wurde formuliert, dass die Entwicklung benachteiligter Stadtteile, wie z.B. Sanierungsgebiete voraussetzt, dass ich mit allen kommunalen Partnern kooperiere. Damals sind Begriffe wie Sozialplan und die Bürgerbeteiligung erstmalig in die Gesetzgebung eingeführt worden.

An diese Grundgedanken der Städtebauförderung wollten wir mit dem Programm Soziale Stadt anknüpfen. Und wenn wir kritisch zurück

schauen, muss man sagen, dass in der alten Form von Städtebauförderung, die Sie vielleicht aus Ihrer Tätigkeit in den Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern her kennen, der soziale Anspruch der Städtebauförderung nicht überall umgesetzt wurde, sondern dass die Städtebauförderung eher zu einem Instrumentarium zur baulichen Verschönerung der Städte geworden ist. Natürlich ist es auch dies wichtig. Unsere historischen Stadtkerne von Lübeck bis Görlitz sind mit diesem Instrumentarium wieder entstanden - darunter waren auch schwierige Viertel. Aber der Gedanke, den man damals vor 30 Jahren eigentlich entwickelt hat, dass im Rahmen der Stadtentwicklung auch aus sozialer Perspektive geplant werden soll, also Sozialplanung geschieht, ist eigentlich in Vergessenheit geraten. Wir haben zwar eine Bestimmung über die Sozialplanung, aber wenn man sich umschaute in den Städten und Gemeinden ist diese hier weitgehend nicht bekannt. Aber die Stadtentwicklung muss nicht nur Geld richtig ausgeben können und wissen wie sie Programme in ökonomischer Art in Gang setzt, sondern auch die anstehenden sozialen Fragen in ihre Planung und Umsetzung von Maßnahmen einbeziehen. Das ist, Herr Staatssekretär Haupt, ein Punkt, den auch Sie in Ihrem Ressort sensibel wahrnehmen.

Nachdenklich stimmt mich aber doch, wie schnell sich solche Schwerpunktsetzungen verschieben können. Wir haben uns z.B. im Augenblick im deutschen Bundestag - und mein Ministerium ist daran sehr beteiligt - mit der Umsetzung einer europäischen Richtlinie auseinander zu setzen. Hierbei geht es um die Auswirkungen von Projekten, insbesondere städtebaulichen Projekten, auf die Umwelt. Dies fällt in die europäische Kompetenz und wird daher europaweit geregelt. Durch die Europäische Kommission und durch die jetzige Ratspräsidentschaft Schwedens wird forciert, dass nicht nur die Umweltauswirkungen bei Projekten untersucht und darlegt werden sollen, also welches sind denn die Wirkungen auf die Umwelt und wie kann man sie vermeiden, sondern dass jetzt auch dargelegt werden soll, wie schaut es eigentlich in fünf oder in zehn Jahren aus damit. Also soll der Frage nachgegangen werden, wie waren denn die Wirkungen, und trafen die angenommenen Wirkungen ein. Diese Regelungen sollen Gesetzescharakter erhalten. Nun ist es natürlich wichtig, sich um Licht, Sonne, Pflanzen und Fauna zu kümmern, doch man könnte ja auf die Idee kommen, dass es auch nicht ganz unwichtig ist, sich über die intendierten und nichtintendierten sozialen Auswirkungen von städtebaulichen Projekten Gedanken zu machen. Ich will jetzt nicht für eine gesetzliche Regelung plädieren,

nur man wird an solchen Stellen doch außerordentlich nachdenklich.

Natürlich, Nachdenklichkeit ist angebracht, wenn man sich die Projekte der sozialen Stadt anschaut. Wenn Sie in Berlin Gelegenheit haben sich das Cottbuser Tor (Bezirk Kreuzberg, zentral gelegen, ÖV - Kreuzungspunkt), eines der Modellbeispiele der Sozialen Stadt, anzuschauen, dann werden Sie dort feststellen: dieser Kietz, heute eine Kulminationspunkt der Berliner Drogenszene, ist die Folge einer städtebaulichen Planung von 1970. Das sehen Sie dort. Das drängt sich auf. Verschiedenste soziale Institutionen, auch die Stiftung SPI ist dort Dank unserer Unterstützung tätig, Sozialplanung, Drogenberatung, Jugendhilfe, Hilfen für arbeitslose türkische Frauen und für Gewerbebrüder sind hier aktiv, um das soziale Gleichgewicht zu erhalten. Das eigentliche Problem aber ist, dass hier eine grundsätzlich falsche Planung erfolgte. Es ist also nur zeitgemäß, dass wir auch über die Wirkungen von Maßnahmen, auch und gerade wenn sie die öffentliche Hand zu verantworten hat, Gedanken machen.

Die Städtebauförderung ist also als Anknüpfungspunkt für das Programm „Die Soziale Stadt“ gewählt worden. Das hat den Vorteil, dass die Instrumentarien und die guten Erfahrungen mit der Programmförderung und Programmsteuerung genutzt werden können. Hinzu kommt, wir können in diesem primär investiven Bereich mit etwas größeren Summen operieren. Die Länder klagen zwar, dass es nicht genug Geld ist - und als Fachressort hören wir dies gern - als Bundesregierung weisen wir es aber immer zurück. Der Bund stellt für die Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ seit zwei Jahren jährlich 100 Millionen DM bereit (1999, 2000). In diesem Jahr wurde diese Summe auf 150 Millionen DM erhöht. Es gelang uns die zusätzlichen 50 Millionen DM im Zusammenhang mit den UMTS-Geldern einzustellen. Das ist insbesondere dem Engagement von Abgeordneten im deutschen Bundestag zu verdanken, bei denen dieses Programm ein hohes Ansehen und Stellenwert hat. Wir fördern im Bund - Länderprogramm in diesem Jahr Maßnahmen in 210 Gebieten. Vereinbarung mit den Ländern ist, dass zu den 150 Millionen Mark des Bundes, die Länder und die Gemeinden die selbe Summe hinzufügen. So stehen insgesamt jährlich 450 Millionen Mark für diese Gebiete zur Verfügung. Als Programm der Städtebauförderung hat „Die Soziale Stadt“ keine zeitliche Befristung, so dass wir erwarten, auch in den nächsten Jahren diesen Programmansatz fortsetzen zu können.

Diese gemeinsame Förderung von Bund, Ländern und Gemeinden hat eine Reihe von

Schwächen. Wir sind nicht so mobil wie die Programme der Bundesanstalt für Arbeit zum Beispiel, wo Sie Herr Präsident Jagoda, unmittelbar Profil zeigen können, sondern wir sind von der Kooperationsbereitschaft der Länder abhängig. Aber wenn Sie nach dieser Tagung mit neuen Ideen in Ihren Ländern rückfragen, werden sie feststellen, es gibt sehr unterschiedliche Erfahrungen und Wahrnehmungen. Ich will die Dinge durchaus beim Namen nennen, auch weil Sie, Herr Kupferschmid, mich heute daraufhin schon angesprochen haben. Es gibt z.B. ein Bundesland, das ist ein großes südwestdeutsches Bundesland, welches einfach sagt: „Wir wollen das nicht. Wir in Baden-Württemberg, wir haben so gute Politik gemacht, dass wir keine sozialen Probleme in Städten haben.“ So hat es der zuständige Ressortminister uns bei den Ministerkonferenz erklärt. Das nehmen wir zur Kenntnis. Es ist nicht völlig falsch. Es gibt natürlich in Baden-Württemberg in Relation zu anderen Landesteilen eine andere Situation, dies ist nicht zu kommentieren. Aber, viele von Ihnen werden auch die Situationen in Mannheim, Stuttgart und anderen Orten dieses Landes kennen. Kein ein anderes Land vertritt so deutlich ablehnende Positionen zu diesem Programm.

Ein anderes Probleme ist, dass manche Städtebauminister - und entsprechende Positionen werden auch von Fachklientel mancher Städte vertreten - sagen: wunderbar, jetzt gibt es mehr Geld für den Städtebau. Wir hatten schon immer Projekte in der Schublade und die können wir endlich finanzieren. So ist das Leben. Das wird auch in manchen Ländern so passieren. Wir haben andere Länder, wo das ganz anders läuft und wo wir eine vorzügliche Kooperation haben zwischen den verschiedenen Beteiligten. Das sind ganz unterschiedliche Länder, das ist in Berlin so, in den Stadtstaaten, das ist in Nordrhein-Westfalen so und ein Vorreiter ist auch Bayern. Wenn Sie die Homepage des Bayerischen Innenministeriums anschauen, da haben Sie den Eindruck, dass der Minister Beckstein das Programm eigentlich erfunden hat. Was positiv ist, dass es so in Bayern und darüber hinaus kommuniziert wird. So sind z.B. vom Bayerischen Staatsminister auch Berliner Experten zur Eröffnungsveranstaltung nach Nürnberg eingeladen worden.

Also, dies sei offen angesprochen: Sie werden vor Ort Probleme haben, weil sich hier Verwaltungen umorientieren müssen, lernen müssen was Vernetzungen erfordert, andere Verhaltensweisen lernen müssen, wissen müssen, dass Soziale Stadt auch heißt: sich unterzuordnen, Entscheidungen gemeinsam zu fällen. Die Probleme der nachhaltigen Entwicklung dieser Stadtteile können nicht mehr durch ein profes-

sionelles Herrschaftsverhältnis bewältigt werden, sondern die Verwaltung muss sich einfügen und Erfolge mit anderen Akteuren teilen. Dies verlangt ein anderes, kooperatives Verhalten. Es ist eben nicht wie bei anderen öffentlichen Aufträgen, z.B. dem Bau einer Straße. Da gibt das nur einen, der das Banntuch schneiden kann. Die Vernetzung in der Sozialen Stadt bedeutet aber: hier sind sehr viele am Planen und Umsetzen des Erfolgs beteiligt. Das bedarf eines Umdenkens und neuen Verhaltens bei den politischen Akteuren.

In den ersten zwei Jahre des Programms haben in den Programmgebieten erfragt, was eigentlich die Probleme in den Gebieten der sozialen Stadt sind:

An erster Stelle wird die Frage der sozial-schwachen Bevölkerung genannt. Es wird genannt die Segregation, die Frage der Arbeitslosigkeit und der Einkommensdefizite, die Kriminalität und der Vandalismus. Des Weiteren werden Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen bis hin zu Qualifikationsproblemen bei Sprachen genannt. Somit stellen sich in den ausgewählten Gebieten die Problemlagen tatsächlich so dar, wie von den Programmachern angenommen. Man kann bei einer Querschnittsauswertung feststellen, dass die westdeutschen Gebiete, eine Arbeitslosigkeit im Schnitt von 20 % aufweisen, also deutlich über den Durchschnitt der westdeutschen Städten liegt. Auch in den Gebieten der ostdeutschen Städten liegt die Arbeitslosigkeit mit über 20 % signifikant oberhalb des Durchschnitts ostdeutscher Städte. Der Ausländeranteil ist in den ausgewählten Vierteln sowohl in Ost als auch in West etwa doppelt so hoch wie in der jeweiligen Stadt oder im Landesdurchschnitt. Übrigens auch in den neuen Ländern, mit einem durchschnittlichen Ausländeranteil unter 2 %, trifft dieses zu. In bestimmten Soziale Stadt Gebieten liegt er bei 4 %, also auch für diese Verhältnisse in den neuen Ländern überdurchschnittlich hoch.

Welche Förderungsfeldern werden mit den insgesamt 450 Millionen DM Förderung jährlich im Programm angestrebt? Im Verständnis des Grundgesetzes ist dieses Geld eine Finanzhilfe, das heißt, im Fordergrund müssen Investitionen stehen. Dies wiederum bedeutet, dass die Mittel, die Bund und Länder geben ein Leitprogramm sind. Aus diesem können wir die Errichtung und Einrichtung einer Drogenberatungsstelle bezahlen. Wir können auch einen Schulumbau bezahlen, aber wir können nicht die Lehrer und die Drogenberater finanzieren. Von daher sind wir absolut auf Kooperation angewiesen, denn was hilft ein Gebäude ohne das Personal. So sind wir bei diesem Programm dazu verdammt, verurteilt, dazu ange-

halten, Kooperation zu leisten.

Ich habe schon eingangs gesagt, das es wahnsinnig schwierig und sehr kompliziert ist, so eine Kooperation herzustellen. In der //Abbildung 2??// sind die verschiedenen angesprochenen Ressortbereiche dargestellt. Vergleichbare Strukturen finden sie auf der Ebene der Ministerien der Länder und der Ämter im Kommunalbereich oder im lokalen Bereich. Auf der Bundesebene sind wichtige angesprochenen Ressorts: Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Familie, Jugend, Verkehr das Ressorts Inneres, die Polizei, die Bildung, das Umweltressort und das Wohnungswesen. Wie Sie dieser Grafik entnehmen können, befindet sich in der Mitte der Städtebau. Ich komme nochmals zurück auf meine Eingangsbemerkung, es ist immer einer der Gockel auf dem Misthaufen, der am lautesten kräht. Dahinter steht aber der Gedanke: hier findet die Bündelung der verschiedenen Programme statt. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass man bei den komplexen sozialen Problemen in diesen Stadtgebieten mit einem breiten Ansatz von Fördergegenständen arbeiten muss und nicht mit einem Einzelnen. Das sei hier noch einmal wiederholt. Es geht natürlich um die Verbesserung der Wohnverhältnisse, aber das ist nur ein Punkt, der eine große Rolle spielt. Darüber hinaus geht es um die Initiierung wirtschaftlicher Tätigkeiten, um Existenzgründung, um Programme, die die kleinen und mittleren Unternehmen fördern, um Beschäftigungsinitiativen usw. Das bedeutet dann auch Ansiedlung von Ausbildungsplätze in Gebiet. Die soziale Infrastruktur, das liegt auf der Hand, ist ein gravierendes Entwicklungsproblem. Es ist immer wieder verblüffend zu sehen, dass in den sozial benachteiligten Gebieten auch die soziale Infrastruktur im besonderen Maße vernachlässigt ist. Das geht von den Kindergärten und der Frage wie Spielplätzen angelegt und unterhalten werden bis zu den Schulen. Verbesserung von Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten, auch dies ein wichtiger Bereich. Ebenso die Maßnahmen für eine sichere Stadt. Alles wichtige Punkte, bisher mit der Anwendung ganz unterschiedliche Strategien.

Lange Zeit hat man in den Städten so z.B. versucht, die eher öffentlichen und auch private Räume hin zu öffentlichen Räumen zu öffnen. Wir stellen fest, dass in solchen Gebieten oft eine gegenteilige Entwicklung erfolgte, jedenfalls partiell und temporär, einfach um diese Räume zu schützen, z.B. um Kinderspielplätzen im Innern von Wohnblocks vor Problemen wie Drogensüchtigen zu „schützen“.

Es geht um den öffentlichen Verkehr, die Wohnumfeldverbesserung, Kultur und Freizeitgestaltung im Kietz. Wir haben uns lange über-

legt, innerhalb der Bundesländern und des Bundesministeriums, wie können die verschiedenen Fördertöpfe zusammengeführt werden. Im Vergleich zum Ausland ist es nicht so, dass es in Deutschland einen Mangel an Förderungsmöglichkeiten gibt. Wir haben verblüffend viele Förderungsmöglichkeiten, für alle möglichen Dinge. Das Hauptproblem besteht darin, wie kann man sie bündeln, wie kriegt man es zustande, die Maßnahme aus den verschiedenen Ressorts und die Ressourcen der verschiedenen Ämter zusammen zu bringen und sie in einem Konzept zu verbinden. Versucht man dies auf Bundesebene, bringt es wenig. Wenn wir als Städtebauministerium eine Kooperation mit dem Arbeitsministerium anstreben und bitten, setzt bestimmte Mittel schwerpunktmäßig in Gebieten der Sozialen Stadt ein, dann wäre nächste Schritt, dass wir mindestens auch noch mit den anderen fünf vorhin genannten Ministerien solches vereinbaren müssten. Wir müssten dann diese Abstimmung auf breiter horizontalen Ebene leisten. D.h. jedes Bundesministerium müsste selbes mit seinen jeweiligen Länderministerien anstreben. In vielen Bereichen, etwa im Wohnungsbau oder im Bereich der Wirtschaftsförderung müssten wir mehrere Länderressort einbeziehen in eine Gemeinschaftsförderung – wir müsste also neben der horizontalen auch eine vertikale Koordination zu Wege bringen. Diese müssten sich verflechten. Ziel ist aber, dass die Effekte noch in den Gebieten ankommen. D.h. wir müssten dann auf drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden koordinieren. Dies ist eine nichtleistbare Aufgabe, die Instrumentarien würden völlig unbeweglich.

Die Lösung sehen wir gemeinsam mit den Ländern darin, dass die entscheidende Bündelung in den Kommunen erfolgen soll, also bei denjenigen, die am nächsten an den Problemen sind, also bei Ihnen, meine Damen und Herren. Ihnen soll die Bündelung vor Ort überlassen werden. Das ist etwas, worauf, wir nach den Erfahrungen, die wir mit der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland haben, setzen können. Dies ist natürlich für Sie nicht einfach. Insbesondere weil, wie anfangs schon dargestellt, Sie nicht automatisch mit der Unterstützung aller vor Ort rechnen können. Die Kooperationsbereitschaft in den Städten und Kommunen setzt voraus, dass man neue, eben kooperative Verhaltensweisen zeigt. Erforderlich sind eventuell ganz neue Kooperationsformen. In einigen Länder (und ähnlich ist es in den Städten) ist das System der Chefrunden etabliert. Ein sehr beliebter Weg um Ressorts übergreifende Themen zu koordinieren. Einigen Länder haben Kabinettausschüsse gebildet oder behandeln in Kabinettsitzungen regel-

mäßig den Koordinationsbedarf der Sozialen Stadt. Das Land Nordrhein - Westfalen hat damit begonnen und heute ist dies u.a. auch in Mecklenburg-Vorpommern üblich. Dort wird unter der Leitung eines Ministers, sei es der Ministerpräsident oder der zuständigen Ressortministers in periodischen Abständen festgelegt, wie kooperiert wird, um den Verwaltungen auch die politische Motivation zu geben, koordiniert zu handeln. Damit ist für alle Verwaltungen klar: die Kooperation ist erwünscht, soll erreicht werden. Das ist ein interessante Herangehen, und ich glaube, ohne diese Motivation ist Kooperation von Verwaltungen nicht zu erreichen. Der herkömmlichen Weg der Abstimmung auf dem Sachbearbeiterweg funktioniert letztlich nur, wenn alle guten Willens sind. Dazu brauchen wir die Anerkennung der Kooperation. Das ist ein Punkt, den ich im Sinne eines Zieles anspreche. Aber dieses Problem ist überhaupt noch nicht als gelöst anzusehen, sondern muss in der Praxis erarbeitet werden.

Es gibt einen weiteren schwierigen Kooperationsbereich, den ich hier auch erwähnen will, weil er genauso wichtig ist und bei vielen vor Ort Tätigen, aber auch gerade bei den Wirtschaftsministerien, auf sehr größere Verständnisprobleme trifft: Die Kooperation mit dem privaten Sektor. Kooperation in diesen Gebieten lebt von lokalen Netzwerken – und das wissen Sie sehr viel genauer als ich - von den Netzwerken ganz unterschiedlicher Akteure aus Jugendarbeit, Drogenhilfe, Arbeitslosenhilfe, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Organisationen. Die Einbindung dieser Institutionen in das Programm Soziale Stadt, ist ein wichtiger Punkt. Das können wir auf Bundesebene dadurch erreichen, dass wir die Spitzenverbände einladen und sie darauf hinweisen und sie informieren, wie z.B. in der letzten Woche geschehen. Es ist unser Ziel, jedes Jahr mindestens einmal, die Spitzenverbände zu informieren und uns über ihre Probleme berichten zu lassen. Wir wollen sie bitten: berichtet runter in eure lokalen Aktionsformen und unterstützt sie bei ihren Tätigkeiten.

Ein weiteres Instrument für uns ist das nähere Betrachten der Kooperation in Modellgebieten. Wir haben 16 Modellstädte festgelegt, in denen wir uns als Bund sehr unmittelbar Informationen verschaffen. In jedem Land gibt es eine solche Modellstadt, mit einem Gebiet, was von dem Land als besonders wichtig bezeichnet wird. Aus diesen Gebieten sammeln wir alle verfügbaren Informationen, beeinflussen die Kooperation unmittelbar, z.B. in dem wir die Gebietsmanager / Quartiersmanager, die eine entscheidende Rolle in der lokalen Kooperationen einnehmen, selber bezahlen.

Meine Damen und Herren, ich will zum

Schluss kommen. Wir stehen in Deutschland nicht alleine mit diesem Programm und auch dass ist wichtig zu wissen. Nur zwei Beispiele:

Da gibt es den Niederlanden ein großes Städteprogramm, indem die Praxis der lokalen Kooperation zur Kultur geworden ist. Nun haben die Holländer auch eine andere Tradition des Umgangs miteinander in der Kooperation völlig normal ist. Wenn Sie in den stagnierten Vierteln von Den Haag oder Amsterdam oder Utrecht sind, werden Sie erleben, wie dort der Prozess der Abstimmung auch bezahlt wird. Das erhoffen wir auch für unser Programm „Soziale Stadt“, dass wir mit den Programmmitteln diese Kooperation, den Anreiz Kooperation auch schaffen.

Auch in Großbritannien hat man sehr früh begonnen und so gibt es schon eine Abfolge von Kooperation fördernden Programmen. Die Programme werden dort in der Regel in Größenordnungen, von etwa drei Milliarden DM (in den Niederlanden ist es etwa eine Milliarde Mark) gefahren. Auch hier werden Mittel in diesen Programmen konzentriert. Natürlich sind diese Länder schwer vergleichbar mit unserem System, weil es dort nicht unseren Föderalismus gibt und auch nicht eine so stark ausgeprägte kommunale Selbstverwaltung, wie wir sie haben.

In Frankreich, wo die Problem begannen in den Bornieus, diesen Vierteln die vergleichbar sind mit unserer Platte, gibt es ebensolche Programme. Hier geht es um diese Riesenwohngebiete in denen sich die Nordafrikaner konzentriert haben und die Gewalt sehr bedrohliche Formen aufzeigt.

Ich will damit darauf hinweisen, das es sich um ein Problem handelt, das wir überall in Europa haben und daher gibt es für dieses Problem eine europäische Förderungsschiene. Der größte Fond der Europäische Kommission hierfür ist der Strukturfonds und im Rahmen der EFRE-Verordnung gibt es ebenfalls ein Segment, das bedrohte Stadtgebiete zum Gegenstand hat. Also Gebiete, in denen die Ökonomie nach unten geht und in dem sozialen Probleme gehäuft auftreten. Von diesem Programm kann Deutschland nicht flächendeckend partizipieren. Es wird in den neuen Bundesländern flächendeckend angeboten und in einigen Gebieten der alten Bundesrepublik (siehe Abbildung). Das sind Programmangebote der Kommission, die voll identisch sind mit den Problem Soziale Stadt, mit denen das ganze Problemspektrum gefördert werden kann und in denen es darum geht, die lokalen Akteure, also Sie und Ihre Partner dazu zu bringen miteinander zu kooperieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.